



Initiative Lieferkettengesetz

Aktionen zum Weltladentag 2020

Der Weltladentag am 9. Mai 2020 steht im Zeichen der Initiative Lieferkettengesetz. Wir halten auch in der Corona-Krise daran fest, dass wir ein Lieferkettengesetz in Deutschland brauchen.

Vor dem Beginn der Corona-Pandemie war viel Bewegung in die politische Debatte um ein Lieferkettengesetz gekommen. Die Unterstützung für ein Lieferkettengesetz in Deutschland ist im letzten Jahr deutlich gewachsen. Nun dominiert die Corona-Krise das öffentliche Leben und die politische Debatte. Was bedeutet das für die Diskussion zum Lieferkettengesetz?

Gemeinsam mit der Initiative Lieferkettengesetz halten wir daran fest, dass noch in dieser Legislaturperiode ein Lieferkettengesetz in Deutschland erarbeitet werden soll. Denn die aktuelle Situation zeigt uns deutlich, warum Menschenrechte entlang globaler Lieferketten stärker in den Fokus müssen. Gerade am Anfang der Lieferkette sind Produzent*innen und Arbeiter*innen aufgrund fehlender Absicherung besonders gefährdet.

Die neue Situation bietet auch eine Chance

Die Krise wird Unternehmen weltweit dazu zwingen, bessere Systeme zum Risikomanagement aufzubauen, die auch in Krisenzeiten Lieferengpässe verhindern. Diese neuen Management-Systeme dürfen sich nicht nur auf Geschäftsrisiken beschränken, sondern müssen auch Menschenrechte und Umweltschutz in den Blick nehmen! Wenn Unternehmen in Folge der Krise ihre Lieferketten umbauen, um Transparenz und Sicherheit zu schaffen, sollten sie neben den ökonomischen auch die menschenrechtlichen und ökologischen Risiken in den Blick nehmen. Die Politik sollte diese Chance nutzen und Klarheit für Unternehmen über diese Anforderung schaffen.

Ein Lieferkettengesetz ist machbar

Auch wenn die großen Wirtschaftsverbände immer wieder das Gegenteil behaupten: Ein Lieferkettengesetz ist machbar. Das zeigen die Unternehmen, die bereits jetzt

menschenrechtliche Risikoanalysen durchführen und Maßnahmen für Menschenrechte und Umweltschutz ergreifen.

Natürlich braucht es dafür finanzielle und personelle Ressourcen – wie für andere Prozessoptimierungen auch. Doch wenn alle Unternehmen diese Ressourcen gleichermaßen einsetzen müssen, hat kein Unternehmen einen Nachteil. Aus diesem Grund befürworten inzwischen auch [viele Unternehmen](#) einen gesetzlichen Rahmen. Ein Lieferkettengesetz wird helfen, Transparenz und Risikobewusstsein in Lieferketten insgesamt zu verbessern. Außerdem: Selbst bei zügiger Umsetzung träte ein Lieferkettengesetz frühestens Mitte 2021 in Kraft. Zeit genug, um sich darauf einzustellen!

Produzent*innen im Globalen Süden besonders gefährdet

Gerade in Zeiten von Corona ist es wichtig, Menschenrechte entlang der Lieferketten in den Fokus zu nehmen! Denn gerade in den ersten Stufen vieler Lieferketten sind die Menschen aufgrund von fehlender Absicherung besonders gefährdet. Schon jetzt gibt es [Berichte](#) aus asiatischen Ländern über fehlende Lohnfortzahlungen oder Einschränkungen von Gewerkschaften. Ein Lieferkettengesetz würde dazu beitragen, derartige Effekte zu verhindern. Zudem ist es durchaus möglich, dass sich das Virus in weiteren Ländern des Globalen Südens ausbreitet. Gerade hier sind jetzt präventive Maßnahmen von Unternehmen essentiell – auch hierzu würde ein Lieferkettengesetz beitragen.



Initiative Lieferkettengesetz

Menschenrechte müssen jederzeit geschützt werden

Klar ist: Menschenrechte dürfen nicht nur in guten Zeiten gelten. Sie sind nicht verhandelbar, sondern international vereinbarte Grundrechte, die eingehalten werden müssen – auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Das Coronavirus darf nicht als Vorwand gegen ein Lieferkettengesetz herhalten. Wir befinden uns mit Corona in einer ernsten Krise. Es ist geschmacklos, diese Krise zu instrumentalisieren:

Das wird weder der Corona-Krise gerecht, noch dem komplexen Thema von menschenrechtlicher Sorgfalt in Lieferketten.

Meldung vom 18. März 2020 der [Initiative Lieferkettengesetz](#)

Initiative Lieferkettengesetz

Zusammen mit 90 Organisationen setzen sich die Weltläden in der Initiative Lieferkettengesetz für eine Welt ein, in der Unternehmen Menschenrechte achten und Umweltzerstörung vermeiden – auch im Ausland. Denn freiwillig kommen Unternehmen ihrer Verantwortung bisher nicht ausreichend nach.

Die Initiative Lieferkettengesetz ist ein breites Bündnis, das von 18 zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen und von vielen weiteren unterstützt wird. Auch die Weltläden sind Teil dieses Bündnisses.



Gemeinsam tritt die Initiative Lieferkettengesetz ein für eine Welt, in der Unternehmen Menschenrechte achten und Umweltzerstörung vermeiden — auch im Ausland.

Erschreckende Berichte über brennende Fabriken, ausbeuterische Kinderarbeit oder zerstörte Regenwälder zeigen immer wieder:

Freiwillig kommen Unternehmen ihrer Verantwortung nicht ausreichend nach. Daher fordert die Weltladen-Bewegung zusammen mit der Initiative ein Lieferkettengesetz!

Unternehmen, die Schäden an Mensch und Umwelt in ihren Lieferketten verursachen oder in Kauf nehmen, müssen dafür haften. Skrupellose Geschäftspraktiken dürfen sich nicht länger lohnen.

Unterschreibt jetzt unsere [Petition an die Bundeskanzlerin](#) und fordert ein Lieferkettengesetz zum Schutz von Menschen und Umwelt!

„Unser Ansatz darf nicht länger etwas Besonderes bleiben, sondern muss für alle global agierenden Unternehmen eine Selbstverständlichkeit sein. Wir sind es satt, mit moralischem Zeigefinger gegen das unverantwortliche Handeln vieler Konzerne anzutreten. Ein Lieferkettengesetz könnte das durchsetzen, was längst selbstverständlich sein müsste: Menschenrechte für alle Beteiligten!“ *Jens Klein, Geschäftsführung, Café Chavalo*